



Themen der Woche Nr. 17/19

1. Solaroffensive für Rheinland-Pfalz
2. Barrierefreier Notruf
3. Kinderwunschförderung durch das Land Rheinland-Pfalz
4. Plenarprotokolle in Leichter Sprache



1. Solaroffensive für Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung
auf eine Große Anfrage der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
- Drs. 17/10534 -

Die **Folgen des Klimawandels** sind auch in Rheinland-Pfalz deutlich spürbar, betont die Landesregierung in ihrer Antwort. Direkte Folgen von Hitze und Dürre seien massive Schäden an Wald- und Obstbäumen durch Trockenheit und sogenannte Klimafolgeschädlinge wie den Borkenkäfer oder die Kirschessigfliege.

Mit Stand 30. Juni 2019 waren in Landkreisen und kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz 104 624 **Photovoltaikanlagen** mit einer Leistung von insgesamt 2 265 Megawatt vorhanden, führt die Landesregierung weiter aus. Die Landesregierung rechnet damit, dass im Jahr 2020 der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bestehende Deckel von 52 Gigawatt für die Förderung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen erreicht wird. Sie setze sich mit einem entsprechenden Gesetzentwurf für eine ersatzlose Streichung der Deckelung ein.

Die Landesregierung fördere zudem gezielt Institutionen, die die Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen bei der **Nutzung von Solarenergie und geeigneten Speichersystemen** unterstützen. Der Einsatz von Batteriespeichersystemen insbesondere in Kombination mit Photovoltaikanlagen weise für alle Beteiligten eine Reihe von Vorteilen auf.

2. Barrierefreier Notruf

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/10406 -

Zum Stand der bundesweiten Notruf-App gibt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage Auskunft. So werde durch das Bundesland Nordrhein-Westfalen stellvertretend für alle Bundesländer ein Vergabeverfahren für die Einführung einer **bundeseinheitlichen Notruf-App** durchgeführt.

Zielgruppe dieser App seien vorrangig diejenigen Menschen, die zwar in der Lage sind, ein modernes internetfähiges Endgerät (z.B. ein Smartphone oder Tablet) selbstständig zu bedienen, jedoch den sprachbasierten Notruf aufgrund einer Behinderung oder aus anderen Gründen nicht nutzen können. Betreffen würde dies in Rheinland-Pfalz mindestens (laut Statistischem Landesamt) 316 764 schwerbehinderte

Menschen (mit Schwerbehindertenausweis), darunter 9 619 mit Sprach- oder Hörbeeinträchtigungen.

Bereits jetzt existieren in Rheinland-Pfalz ein Notruf-Fax und ein Angebot der Firma Tess – Sign & Script Relay-Dienste, die einen deutschlandweiten Service anbietet, bei dem die Hilfesuchenden mit Gebärdendolmetschern kommunizieren können.

3. Kinderwunschförderung durch das Land Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/10413 -

Rheinland-Pfalz hat bislang kein eigenes Förderprogramm für ungewollt kinderlose Paare konzipiert, so die Landesregierung. Sie favorisiert den Weg einer **bundeseinheitlichen Lösung**, der gesetzlich im Fünften Sozialgesetzbuch fixiert und nicht den Unwägbarkeiten der Entwicklung des Bundeshaushalts und der Länderhaushalte ausgesetzt ist.

Gleichwohl prüfe das Land Rheinland-Pfalz derzeit die Errichtung eines **eigenen Förderprogramms** zugunsten betroffener Paare. Zum jetzigen Zeitpunkt könne hierzu jedoch noch keine Zusage getroffen werden, da noch zahlreiche Gespräche geführt werden müssten.

Darüber hinaus werde das Land Rheinland-Pfalz auf die anderen Bundesländer mit dem Ziel einer **gemeinsamen Initiative** zugehen, damit künftig die Behandlungskosten für Maßnahmen der künstlichen Befruchtung wieder weitgehend von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen würden.

4. Plenarprotokolle in Leichter Sprache

Unterrichtung durch den
Präsidenten des Landtags
- Drs. 17/10439 –

Der Ältestenrat hat über die Erprobung des weiteren Verfahrens zur Protokollierung in Leichter Sprache einen Beschluss gefasst. Danach soll eine Protokollierung in Leichter Sprache vorrangig über Beratungen des Landtags, die von aktuellem und allgemeinem Interesse sind, erfolgen. Auch Debatten zu Regelungsvorhaben, die eine große Wirkungsbreite aufweisen oder gewichtige Auswirkungen auf Gesellschaft, Staat, Umwelt und Wirtschaft haben können, können zusätzlich in Leichter Sprache verfasst werden. Bei der Entscheidung soll zudem die Bedeutung des Themas für die Zielgruppen der Leichten Sprache Beachtung finden.

Für die Übersetzung in Leichte Sprache ist das Sitzungsprotokoll nach Abschluss des Berichtigungsverfahrens (§ 120 der Geschäftsordnung des Landtags) zugrunde zu legen.

Protokolle in Leichter Sprache werden in **OPAL** veröffentlicht. Das erste Protokoll in Leichter Sprache erschien zu dem Thema „Organspende“ (Orientierungsdebatte des Landtags Rheinland-Pfalz in der 77. Plenarsitzung am 27. März 2019, Vorlage 17/4862).